



Foto: apa/Figini

## Stadt will Verbote für Schrott-Lkw

Stadt Wien und Wirtschaftskammer machen vor Lkw-Sicherheitsgipfel Druck auf Hofer.

**Wien.** Vor dem heute, Dienstag, stattfindenden Lkw-Sicherheitsgipfel machen Stadt Wien und Wirtschaftskammer nun Druck auf Verkehrsminister Norbert Hofer (FPÖ). Am Montag appellierten Vizebürgermeisterin und Verkehrsstadträtin Maria Vassilakou (G), Finanzstadtrat Peter Hanke und der Wiener Wirtschaftskammerpräsident Walter Ruck gemeinsam, die verpflichtende Nachrüstung mit Abbiegeassistenten zu veranlassen. Das Rathaus stellte dafür eine Förderung von einer Million Euro in Aussicht – die aber nur ausgeschüttet wird, wenn auch der Bund zahlt. Außerdem hat Vassilakou ein Fahrverbot für Schrott-Lkw in Aussicht gestellt. Aber auch das ist ohne Bund nicht möglich.

### Eine Million Euro Förderung für Nachrüstung

Vassilakou erwartet sich von dem heutigen Treffen konkrete Ergebnisse. „Es soll nicht bei einem netten Gespräch bleiben“, sagte sie in der Pressekonferenz: „Ich gehe nicht ergebnisoffen zu diesem Gipfel.“ Sie forderte von Hofer rechtliche Rahmenbedin-

gungen, um die verpflichtende Nachrüstung von Lkw mit Abbiegeassistenten vorschreiben zu können. Zu diesem Zweck soll es finanzielle Unterstützung für die Unternehmer geben.

Um Hofer gewissermaßen unter Zugzwang zu setzen, stellen Rathaus und Wiener Kammer schon einmal eine Förderung für Wiener Betriebe in der Höhe von einer Million Euro in Aussicht. „Das ist eine gut investierte Million“, betonte Finanzstadtrat Peter Hanke (SPÖ) angesichts der österreichweit rund 150 Unfälle (2017), in die der Schwerverkehr verwickelt gewesen sei.

Das Geld aus Wien fließt aber nur, wenn auch Zuschüsse vom Bund kommen. Wie hoch diese sein sollen, darauf wollte sich das Podium trotz Nachfrage nicht festlegen. Folgt man den Zahlen der Wirtschaftskammer, müsste Hofers Anteil aber wohl deutlich höher sein. Denn laut Präsident Walter Ruck belaufen sich die Gesamtkosten für die Ausstattung der in der Bundeshauptstadt angemeldeten Lastwagen auf etwa zehn Millionen Euro.

Insgesamt sind derzeit rund

8000 Lkw über 3,5 Tonnen in Wien registriert. Wobei laut Kammerchef schon ein Fünftel mit dem Abbiegeunterstützungssystem ausgestattet ist. Je nach Anbieter schlage die Nachrüstung pro Fahrzeug mit 1000 bis 2500 Euro zu Buche. Neue Lkw würden ohnehin bereits serienmäßig mit Assistent geliefert.

Eine Förderung Wiens ohne bundesweite Regelung kommt für Stadt und Kammer nicht in Frage. Denn das wäre nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“ und würde nichts bewirken, wiesen Ruck und Vassilakou auf Lkw aus anderen Bundesländern und Nachbarstaaten, die weiter ungehindert durch die Stadt fahren könnten – denn: „Ein Fahrverbot können wir nicht auf eigene Faust aussprechen.“

Auch dafür ist die bundesweite Regelung nötig. Kommt sie, treten sowohl Stadtregierung als auch Wirtschaftskammer dafür ein, jene Lkw, die nicht umgerüstet sind, mit Fahrverboten zu belegen. Denn die heimischen Transportunternehmer dürften durch neue Vorschriften keinen Wettbewerbsnachteil erfahren, unter-

strich Ruck. Ob die Fahrverbote für „Schrott-Lkw“ dann für die ganze Stadt oder nur in Bereichen gelten sollen, müsse man sich dann anschauen, so Vassilakou.

### Nein zu Tempo 30 in der gesamten Stadt

Hinsichtlich der aktuellen Forderung des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KfV) nach Tempo 30 in den Städten sieht die Ressortchefin in Wien keinen akuten Handlungsbedarf. „Wir haben das fast schon flächendeckend“, argumentierte sie. Man habe die Diskussion aber sowieso zum Anlass genommen, um noch einmal alle Straßen auch diesbezüglich noch einmal unter die Lupe zu nehmen.

Die Diskussion um Lkw-Abbiegeassistenten war nach dem Unfalltod eines Neunjährigen Ende Jänner aufgekommen. Die entsprechende Petition hat mit Stand Montagvormittag bereits mehr als 65.000 Unterschriften gesammelt. Mitinitiator Helge Fahrnberger will diese heute vor Beginn des Sicherheitsgipfels Verkehrsminister Hofer übergeben, wie er via Twitter ankündigte. ■

### Kurz notiert

**Zu Heiratsantrag geflitzt.** Ein 23 Jahre alter Pkw-Lenker ist Sonntagfrüh auf der Westautobahn (A1) bei Markersdorf (Bezirk St. Pölten-Land) mit 215 km/h geblickt worden. Bei der Anhaltung durch die Polizei erklärte der Wiener, dass er dringend zu einem Heiratsantrag nach Deutschland müsse, berichtete die Exekutive am Montag in einer Aussendung. Der Raser wird der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde angezeigt. Nach Angaben der Landespolizeidirektion Niederösterreich fuhr der 23-Jährige in Richtung Linz hinter einem Pkw, der mit eingeschaltetem Blaulicht einen Organtransport durchführte. Eine Zivilstreife der Landesverkehrsabteilung stellte fest, dass der Mann zu dem vor ihm fahrenden Fahrzeug nur rund 33 Meter Abstand hielt.

**Mjam schluckt Foodora.** In den umkämpften Markt der Essens-Lieferdienste kommt nach dem angekündigten Aus von UberEats in Österreich erneut Bewegung: Die rund 600 pinken Foodora-Radler werden völlig vom Straßenbild verschwinden und ab April in der grünen Uniform von Mjam unterwegs sein, berichtet „Der Standard“. Die Essensbestellplattformen Mjam und Foodora gehören beide zu Delivery Hero mit Sitz in Berlin. Mjam wurde 2008 in Wien gegründet und vier Jahre später an Delivery Hero verkauft. Foodora, seit 2015 in Österreich, wurde 2014 in Deutschland gegründet. Der Mutterkonzern Delivery Hero setzt künftig nur noch auf die Marke Mjam. „Foodora gehört zwar in Wien zum täglichen Stadtbild dazu, die Marke Mjam macht aber den fünffachen Umsatz“, sagte ein Sprecher. Für die Kunden ändere sich nichts. Die Foodora-Seite soll noch einige Monate abrufbar bleiben.

**Auf U-Bahn-Schienen gefallen.** Bei einer Rauferei auf dem Bahnsteig der U6-Station Thaliastraße in Neubau ist am Sonntag gegen vier Uhr ein 36-jähriger Mann auf die Gleise gestürzt und verletzt worden. Ob er hinuntergestoßen wurde, sei vorerst unklar. Drei Tatverdächtige wurden festgenommen. Zeugen verständigten die Polizei, nachdem sie die Schlägerei auf dem Bahnsteig in Richtung Floridsdorf bemerkt hatten. Nach Ermittlungsstand vom Montag sollen mehrere Männer auf den 36-Jährigen eingepöbeln haben.

## Projekt gegen häusliche Gewalt

Initiative „Stadtteile ohne Partnergewalt“ will Bewohner im Gemeindebau schulen und Bewusstsein für häusliche Gewalt erhöhen.

**Wien.** In Wien gibt es ein neues Projekt, das häuslicher Gewalt entgegenwirken soll. Die Initiative „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“, die im und rund um den Gemeindebau Reumannhof in Margareten angesiedelt ist, will die Nachbarschaft im Rahmen regelmäßiger Frauen- und Männer-tische für das Thema sensibilisieren, wie bei einer Pressekonferenz am Montag erklärt wurde.

„Frauen, die von ihrem Partner geschlagen und misshandelt werden, tun sich oft sehr schwer, zu einer offiziellen Beratungsstelle zu gehen. Viele schweigen viel zu lange“, sagte Maria Rösslhumer vom Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser, die die Initiative leitet. Das Projekt setze

deshalb auf diejenigen, die den Opfern und Tätern am nächsten seien: ihre Nachbarn.

„Engagierte Nachbarn können Präsenz zeigen, sie schauen hin, sie drehen den Fernseher nicht lauter, wenn Schreie aus der Nachbarwohnung kommen, sondern hören hin“, meinte Rösslhumer: „Manchmal kann ein Klingeln an der Tür schon Schlimmes verhindern.“

Die Nachbarn wüssten oft, was sich in der Nebenwohnung abspiele, allerdings fehle vielen das Wissen oder der Mut, um einzugreifen, sagte Claudia Huemer vom Nachbarschaftsservice „Wohnpartner“. Im Rahmen des Projekts werden daher regelmäßige Treffen organisiert, bei denen

die Bewohner geschult werden und sich austauschen können.

Die Frauentische wird es ab 8. April alle zwei Wochen montags im Wohnpartner-Lokal im Reu-

„Manchmal kann ein Klingeln an der Tür schon Schlimmes verhindern.“

Maria Rösslhumer, Verein Autonome Frauenhäuser

mannhof geben. Die Männertische starten in der ersten Aprilwoche, sie finden zweiwöchentlich am Donnerstag im nahe gele-

genen Neunerhaus-Café statt. Um das Bewusstsein für Gewalt an Frauen zu erhöhen, schlagen die Initiatoren weitere Maßnahmen vor: So könnten Schulen das Thema in den Unterricht integrieren und die Bezirksvertretung bzw. Sportzentren Deeskalationstrainings anbieten. Ein Platz im Bezirk könnte nach einer Frau, die von ihrem Mann ermordet wurde, umbenannt werden.

Die Initiative will eng mit der Polizei zusammenarbeiten. Hier brauche es mehr Personal, forderte Bezirksvorsteherin Susanne Schaefer-Wiery (SPÖ). Denn die Anzahl der Wegweisungen sei in Margareten um 25 Prozent gesunken. „Ich finde das Projekt unglaublich wichtig, denn ich glaub-

be, es liegt alles an der Prävention“, betonte sie.

Das Vorbild stammt aus Deutschland, wo es mittlerweile in vier Städten, darunter Hamburg, erfolgreich eingesetzt wurde, erklärte die stellvertretende Bezirksvorsteherin Nikola Furtenbach (Grüne).

### Projekt auf vorerst auf drei Jahre angelegt

In Margareten ist es vorerst auf drei Jahre angelegt. Die Kosten dafür betragen 270.000 Euro. Das Pilotprojekt ist allerdings noch nicht ausfinanziert. „Wir hoffen, dass uns die Stadt Wien noch unterstützt“, sagte Rösslhumer. Langfristiges Ziel ist, die Initiative auf ganz Wien auszuweiten. ■